60 IABFORUM 1/06 WEITERE THEMEN

Klimawandel

Im Osten geht die Sonne unter

Schon seit langem pfeifen's die Spatzen von den Dächern: Die Deutschen werden immer weniger und sie werden immer älter. Weil die Geburten fehlen und die Lebenserwartung ständig steigt, werden Wirtschaft und Gesellschaft mit Herausforderungen kaum bekannten Ausmaßes konfrontiert.

Für den Arbeitsmarkt sind dabei die Geburten besonders wichtig, da sie den Umfang des künftigen Arbeitskräfteangebots entscheidend mitbestimmen. Besonders deutlich tritt dies in den neuen Ländern zu Tage, für die geradezu dramatische Einbrüche beim Arbeitsangebot erwartet werden, die ausschließlich demografisch bedingt sind.

Immer weniger Junge im Osten

Das IAB prognostiziert für Ostdeutschland einen deutlichen Rückgang der Bevölkerung. Insbesondere die Zahl der 15- bis 64-jährigen Deutschen wird sich dort nahezu halbieren. Bleibt alles so, wie es ist, wird sie von derzeit über 10 Millionen bis zum Jahr 2050 auf ungefähr

4,5 Millionen sinken. Im Vergleich dazu geht diese Zahl im Westen von derzeit 40 Millionen auf ca. 30 Millionen zurück – abhängig von der Außenwanderung und der Einbürgerung von Ausländern.

Der Hauptgrund für diese alarmierende Bevölkerungsabnahme in Ostdeutschland ist der Geburtenausfall nach der Wende. In der ehemaligen DDR konnte der sich abzeichnende Rückgang durch familienpolitische Anreize wie kürzere Wochenarbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich und durch mehr Urlaub für Mütter zeitweise aufgehalten werden. Mit der Wende hat sich die Geburtenrate dann fast halbiert.



WEITERE THEMEN IABFORUM 1/06 61

Als Ursachen werden unter anderem die ökonomische Unsicherheit und die Angleichung der Verhaltensmuster von Ost und West genannt. Trotz einer leichten Erholung ist seither keine Trendwende in Sicht. Auch von einem "Nachholen" der ausgefallenen Geburten — wie bis vor kurzem noch denkbar — kann inzwischen nicht mehr die Rede sein.

Die fehlenden Geburten machen sich nach und nach bei der Zahl der Jugendlichen bemerkbar. In den Jahren vor der Wende wurden pro Jahr noch regelmäßig mehr als 200.000 Kinder geboren. So erreichten zwischen 1990 und 2005 jährlich rund 200.000 Jugendliche das "erwerbsfähige Alter" (ab 15 Jahre). Weil aber ab 1990 nur noch 100.000 Kinder im Jahr geboren wurden, werden ab 2005 nur noch etwa 100.000 Jugendliche das Alter von 15 Jahren erreichen. Dieser Schwund an Nachrückenden verschiebt sich im Laufe der Zeit in die höheren Altersgruppen, bleibt aber erhalten.

Damit sinkt zunächst vor allem die Zahl der Jungen dramatisch. Gab es im Jahr 2004 in Ostdeutschland noch 2,7 Millionen junge Leute im Alter von 15 bis 29 Jahren, so halbiert sich diese Zahl bis zum Jahr 2020. Bis 2050 wird sie sogar auf unter eine Million gesunken sein.

Bei den 30- bis 49-Jährigen dauert es zwar etwas länger, bis dieser Prozess sichtbar wird. Im Jahr 2050 könnte ihre Zahl aber nur noch 1,9 Millionen betragen, während es 2004 noch fast 4,3 Millionen waren.

Der Anteil der Älteren (50 bis 64 Jahre) an der Erwerbsbevölkerung steigt von unter 30 Prozent in 2004 zeitweilig auf über 40 Prozent, obwohl auch ihre Zahl abnimmt. Mit einem Rückgang von heute 2,9 Millionen auf 1,6 Millionen in 2050 ist dieses aber deutlich weniger ausgeprägt als bei den Jüngeren.

Abwanderungen in den Westen verstärken den negativen Bevölkerungstrend noch geringfügig, da vor allem jüngere Menschen den Osten verlassen. Allerdings ist der Effekt – überraschenderweise – quantitativ nicht sehr bedeutsam: Im Jahr 2050 läge die gesamte Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) ohne die hier angenommene Ost-West-Wanderung nur etwa 300.000 Personen höher.

Ähnliches gilt für die Zuzüge aus dem Ausland, da derzeit nur wenige Ausländer in den neuen Ländern leben und nennenswerte Zuzüge für den Osten nicht erwartet werden. Somit können auch Einbürgerungen dem Rückgang an "Deutschen" dort kaum entgegen wirken. Die Zuzüge erklären im Übrigen auch weitgehend, warum die Abwärtstendenz im Westen weniger stark ausfällt. Die erhebliche Zuwanderung von Ausländern stützt dort die Bevölkerungsentwicklung.

Weniger Arbeitskräfte im Angebot

Die Bevölkerungsprojektion legt eine wichtige Grundlage für die Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonenpotential). Es wird bestimmt durch die beiden Komponenten Erwerbsbevölkerung und Erwerbsbeteiligung. Zwar ist auch der Einfluss der Erwerbsbeteiligung auf das Arbeitsangebot zu beachten. Gerade im Osten wird aber in Zukunft die Bevölkerungsentwicklung der alles dominierende Einflussfaktor werden.

Wegen der demografischen Entwicklung wird in den neuen Ländern das deutsche Erwerbspersonenpotential in den nächsten Jahren dramatisch sinken und zugleich altern. Im Jahr 2004 umfasste es (inklusive Ost-Berlin) noch rund 8,3 Millionen Personen. Für 2020 ergibt die Projek62 IABFORUM 1/06 WEITERE THEMEN

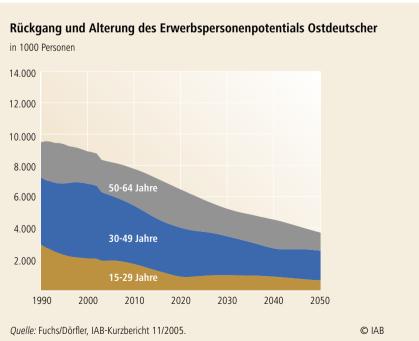
tion eine Zahl von 6,5 Millionen. Danach spitzt sich die Entwicklung dramatisch zu: Die Vorausschätzung für das Jahr 2050 kommt nur noch auf ein Potential von 3,7 Millionen an deutschen Arbeitskräften.

Zum deutschen Arbeitskräfteangebot müsste man noch die Zahl der Ausländer addieren. Wie viele Ausländer künftig nach Ostdeutschland ziehen, lässt sich aber nur schwer einschätzen. Im Jahr 2004 lebten in den neuen Ländern lediglich rund 132.000 Erwerbspersonen ausländischer Nationalität. Ohne enorme – und eher unwahrscheinliche – Zuzüge von Ausländern würde sich an den Vorausschätzungen also wenig ändern.

Gerade die Zahl der Erwerbspersonen jüngeren und mittleren Alters sinkt dramatisch. Im Wendejahr 1990 waren fast 3 Millionen jünger als 30 Jahre. Seitdem ist diese Zahl um fast 1 Millionen gesunken, also um rund ein Drittel. Der Projektion zufolge wird dieses Potential bis 2020 auf weniger als 900.000 zurückgegangen sein und 2050 nur noch rund 640.000 Personen betragen. Zeitversetzt nimmt auch die Zahl der 30- bis 49-Jährigen enorm ab, und zwar von nicht ganz 4,3 Millionen in 2004 auf 3,1 Millionen in 2020 und 1,9 Millionen in 2050.

Deutlich weniger Bewegung ist bei den Älteren zu konstatieren. Die Zahl der Erwerbspersonen zwischen

Abbildung 1



50 und 64 Jahren steigt zunächst noch bis 2020, und zwar von 2,1 Millionen (2004) auf 2,4 Millionen (2020). Erst danach setzt auch hier der ein Rückgang ein. 2050 zählen bereits weniger als 1,2 Millionen Menschen zum Erwerbspersonenpotential der Älteren.

Damit gewinnen statistisch die Älteren deutlich an Gewicht. Ihr Anteil am Erwerbspersonenpotential steigt von 25 Prozent in 2004 auf rund 31 Prozent in 2050. Zeitweise wird sogar die 40 Prozent-Marke überschritten. Das Erwerbspersonenpotential der 65-Jährigen und Älteren verharrt trotz eines Anstiegs in allen Projektionsvarianten unter 1 Prozent. Dies würde sich allerdings ändern, sollte das gesetzliche Rentenalter angehoben werden.

Lange Schatten

Ob dieser Rückgang des Erwerbspersonenpotentials den Druck vom ostdeutschen Arbeitsmarkt nehmen wird, hängt auch von anderen Faktoren ab: von der Zahl der Arbeitsplätze, der Qualifikation der Arbeitskräfte und anderen mehr. Insbesondere gehen von den Bevölkerungstrends Gefahren für das ostdeutsche Wachstum aus. Zum einen schwächt — in einem neoklassischen Ansatz — ein sinkendes Arbeitskräfteangebot das Wachstumspotential der ostdeutschen Wirtschaft. Zum anderen verringert der rückläufige Bevölkerungstrend auch die Zahl der Konsumenten und könnte dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen — auch die nach Arbeitskräften. Ein niedrigeres Erwerbspersonenpotential löst also das ostdeutsche Arbeitsmarktproblem nicht von selbst.

Aktuelle Projektionen des Arbeitskräftebedarfs liefern dann auch für Ostdeutschland keinerlei Hinweise auf einen positiven Arbeitsmarkttrend. Im Gegenteil: Unter "Statusquo-Bedingungen" ist mit einem weiteren Rückgang der Erwerbstätigenzahlen im Osten um eine Million Personen im Zeitraum von 2005 bis 2020 zu rechnen. Hauptgründe hierfür sind, dass das Wachstum der Erwerbstätigenproduktivität mit durchschnittlich 2,0 Prozent pro Jahr deutlich höher ausfällt als im Westen (0,8 %) und die reale Bruttowertschöpfung in den neuen Bundesländern mit 1,1 Prozent im Jahresdurchschnitt weniger stark wächst als in den alten (1,3 %).

WEITERE THEMEN LABFORUM 1/06 63

Diese unerfreuliche Tendenz weiterer Arbeitsplatzverluste in den neuen Bundesländern wird zwar – rechnerisch – durch das gleichzeitig noch viel stärker abnehmende Arbeitskräfteangebot gedämpft. Letztlich heißt dies aber, dass dem Osten eine Abwärtsspirale bevorsteht. Die schlechten wirtschaftlichen Aussichten könnte die Abwanderung gerade der jungen, aktiven und gut qualifizierten Fachkräften verstärken. Für auswärtige Investoren würde damit die Attraktivität vieler Regionen weiter abnehmen, was wiederum die ökonomische Talfahrt beschleunigen würde, mit all den genannten Folgen.

Um diesem Prozess entgegen zu wirken, wäre eine rasche und kräftige Erhöhung der Geburtenrate notwendig. Dies ist aber eher unwahrscheinlich und wirkte sich zudem erst langfristig aus. Ein Abflauen der Fortzüge in die alten Bundesländer würde zwar schneller wirken, ist aber ebenso unwahrscheinlich. Als Therapie hätte es zudem nicht die Stärke, den demografischen Abwärtstrend umzukehren. Man wird sich darauf einstellen müssen, dass auf die kurze und mittlere Sicht der Bevölkerungsrückgang nur durch die Zuwanderung von In- und Ausländern gebremst werden kann.

Fazit

Der bekannte Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg stellte unlängst fest, demographisch gesehen sei es in Deutschland "Dreißig Jahre nach zwölf" — ein Befund, der Versäumnisse in der Vergangenheit beklagt, aber sicher auch aufrütteln will. Denn Gott sei Dank tickt die demographische Uhr nur langsam. Es bleibt also noch Zeit, um gegenzusteuern. Gleichwohl ist rasches Handeln angezeigt, weil alle Maßnahmen nur mit Verzögerung wirken.

Gelingt es, den ostdeutschen Standort weiter aufzuwerten, dann sollte eine kleinere, relativ dünn besiedelte Region mit hochproduktiven Arbeitsplätzen durchaus überlebensfähig sein. Mit vereinten Kräften könnte Ostdeutschland den entscheidenden zeitlichen Vorsprung beim Wettbewerb der Regionen gewinnen. Denn auch die Nachbarländer stehen vor vergleichbaren demografischen Herausforderungen.

Die Autoren



Dr. Johann Fuchs ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich 3 "Wachstum, Demographie und Arbeitsmarkt" am IAB.



Doris Söhnlein ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich 3 "Wachstum, Demographie und Arbeitsmarkt" am IAB.

Für weitere Informationen johann.fuchs@iab.de, doris.soehnlein@iab.de

